

«Tandem» von andern Kantonen übernommen

Freiwilligenarbeit Benevol St. Gallen, die Fachstelle für Freiwilligenarbeit, führt das Programm Tandem, ein Angebot für Stellensuchende, seit Anfang Jahr. «Tandem» ist eine Initiative des Amts für Wirtschaft und Arbeit St. Gallen, des Migros-Kulturprozent, der Pro Senectute St. Gallen und Benevol St. Gallen. Es sei ein «hervorragendes Beispiel der Kooperation» zwischen der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft, Nonprofitorganisationen und freiwilligem Engagement, heisst es in einem Communiqué.

Dank der freiwilligen Mentorinnen und Mentoren hätten im Tandem 50plus über 74 Prozent der Teilnehmenden eine Anschlusslösung gefunden, heisst es in der Mitteilung weiter. Im Programm 18plus hatten die teilnehmenden Jugendlichen am Schluss der Begleitung alle eine Anstellung. Das Pilotprojekt Tandem 18plus zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit war im Jahr 2005 lanciert worden.

2008 wurde das Mentoring Programm Tandem 50plus auf Basis des Tandems 18plus in St. Gallen gestartet. Personen über 50 sind zwar nicht häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen als jüngere, aber das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit ist deutlich höher und ihre Anstellungschancen geringer. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit St. Gallen (AWA) hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeitslosigkeit der älteren Stellensuchenden durch angepasste Angebote zu bekämpfen und dadurch deren Bezugstage zu verringern.

Tandem 50plus in weiteren Kantonen

Inspiziert von der hohen Erfolgsquote im Kanton St. Gallen wurde das Programm Tandem 50plus 2011 auch in Schaffhausen und 2015 in den Kantonen Aargau und Kanton Baselland lanciert. Um die Qualität der Programme kantonsübergreifend auf hohem Niveau zu halten und weiterzuentwickeln, wurde Anfang 2019 die Interessengemeinschaft Tandem Schweiz ins Leben gerufen. (red)

Ethikfragen rund um Serviceroboter

Vortrag Am Donnerstag, 9. Mai, 18 Uhr, spricht Oliver Bendel, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz, im St. Galler Kantonsratssaal über Serviceroboter aus der Sicht der Informations- und Maschinenethik. Im Rahmen der diesjährigen Vadian Lectures des Zentrums für Ethik und Nachhaltigkeit der Fachhochschule St. Gallen wird das Thema «Schöne neue Welt? Zwischen technischen Möglichkeiten und ethischen Herausforderungen» aus einer ethischen Perspektive beleuchtet. Serviceroboter sind zunehmend im Einsatz. Man findet sie in Einkaufszentren, an Hotelrezeptionen, in Pflege und Therapie. Laut Bendel geht es nicht nur darum, wie wir die Serviceroboter einordnen, sondern auch darum, wie wir sie entwickeln, wie wir ihr Verhalten so bestimmen, dass wir es als angenehm und angemessen empfinden. Die Vadian Lectures sind öffentlich, der Eintritt frei. (red)



Intensive Diskussion in den Hallen von Stadler Rail (von links): Kantonsrat Ueli Fisch (GLP/TG), alt Nationalrätin Yvonne Gilli (Grüne/SG), Gesprächsleiter Stefan Schmid (Chefredaktor St. Galler Tagblatt), alt Nationalrat Peter Spuhler (SVP/TG), Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP/TG) und Regierungsrat Jakob Stark (SVP/TG). Bilder: Andrea Stalder

Polit-Power für Steuer-AHV-Deal

Reform Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler treten beim Abstimmungspodium in Bussnang für ein Ja bei der Abstimmung im Mai ein.

Dominic Wirth

In den hohen Hallen des Bussnanger Werks von Stadler Rail stehen sonst die Züge im Mittelpunkt, doch gestern war das ganz anders. Die Züge waren zwar auch da. Aber sie bildeten nur die Kulisse. Die Bühne gehörte für einmal einer Reihe von politischen Schwergewichten, die sich am Abstimmungspodium der



Thurgauer Zeitung und der Industrie- und Handelskammer Thurgau eine intensive Diskussion über den Steuer-AHV-Deal lieferten.

Unter anderem war Karin Keller-Sutter in den Thurgau gefahren, um für die Vorlage zu werben. Die St. Galler Bundesrätin sagte, ein Ja sei im Interesse der

Schweiz. «Es geht darum, Steuereinnahmen und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern», sagte Keller-Sutter im Interview mit Stefan Schmid, dem Chefredaktor des St. Galler Tagblatt, der das Podium vor 400 Zuhörern moderierte.

«Kein Schönheitspreis», aber weniger Probleme

Das Steuer-AHV-Paket beinhaltet zwei zentrale Elemente. Einerseits wird das Steuersystem umgebaut und die Privilegien für Statusgesellschaften beseitigt. Im Gegenzug sollen ein Werkzeugkasten mit neuen Abzugsmöglichkeiten und generelle, vom Bund mitbezahlte Steuerenkungen in den Kantonen die Attraktivität der Schweiz erhalten. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle bei Bund, Kantonen und Gemeinden von zwei Milliarden Franken werden über eine Finanzspritze in der gleichen Höhe für die AHV ausgeglichen. Diese bezahlen einerseits der

Bund, zum anderen auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer über höhere Lohnbeiträge.

Ist das jetzt ein guter Kompromiss – oder ein Kuhhandel, der kein Problem löst? An dieser Frage schieden sich gestern die Geister. Im Ja-Lager trat unter anderem der Hausherr, Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler, an. Seine Partei, die SVP, hat zwar Stimmfreigabe beschlossen. Doch der



Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

ehemalige Nationalrat trat mit Nachdruck für ein Ja ein. Spuhler sagte, man gewinne mit der Vorlage angesichts der ungewöhnlichen Verbindung zweier eigentlich artfremden Themen zwar «keinen Schönheitspreis». Doch es gebe ein paar Probleme, welche die Schweiz mit ihr vom Tisch bekomme. Als Vertreter der Wirtschaft unterstrich Spuhler etwa, wie wichtig Rechtssicherheit in Steuerfragen für Investitionsentscheide sei.

Mit Jakob Stark warb ein weiterer SVP-Vertreter für ein Ja. Der Thurgauer Finanzdirektor brachte die Perspektive der Kantone ein – und betonte, dass die Schweiz die Steuerprivilegien für Statusgesellschaften aufgrund des internationalen Drucks abschaffen müsse. Stark verwies auf die gesunden Finanzen von Bund und vielen Kantonen – und bezeichnete die Reform als «verkräftbar». An der Seite der beiden SVP-Männer stand eine linke Frau: SP-Nationalrätin Edith

Graf-Litscher sagte mit Blick auf die AHV, dass der Deal im Ringen um eine längerfristige Lösung Zeit verschaffe.

Gilli und Fisch kämpfen für ein Nein

Der Prominenz im Ja-Lager stellten sich mit Ueli Fisch und Yvonne Gilli zwei Politiker aus dem grünen Lager entgegen, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Ueli Fisch, der für die GLP nach Bern will, nahm den AHV-Teil des Pakets ins Visier. Dabei handle es sich um eine «Nicht-Reform», die kein einziges finanzielles Loch stopfe. Die grüne alt Nationalrätin Gilli bezeichnete die Vorlage als «unseliges Päckli». Der St. Gallerin stösst insbesondere der Steuer-Teil sauer auf. Sie warnte vor den Steuerausfällen, einem verschärften Wettbewerb unter den Kantonen – und zweifelte an, dass die Reform auf lange Sicht mehr Steuereinnahmen bringt, wie Befürworter das behaupten.

In Kreuzlingen kostet Warten 25 Franken pro Jahr

Bootsliegeplätze Gemäss Preisüberwacher sind die grossen Unterschiede der Liegeplatzgebühren erklärungsbedürftig. Gar nicht zu erklären seien die Unterschiede für Einträge auf der Warteliste.

Für Hafentplätze an den Schweizer Seen gibt es lange Wartelisten. Manche Häfen erlauben es sich deshalb, hohe Tarife dafür zu erheben. Kreuzlingen etwa verlangt 50 Franken Einschreibgebühr, dazu jährlich 25 Franken. Gemäss einer Erhebung des Preisüberwachers bei rund 40 Häfen gehört Kreuzlingen zu den teuersten. Verglichen wurden die Kosten einer fünfjährigen Wartezeit. In Kreuzlingen betragen sie 150 Franken – ohne Garantie, dass man einen Liegeplatz erhält. Kreuzlingen ist vor Romanshorn

(50 Franken), Arbon und Goldach (beide 10 Franken) am teuersten. Gemäss Mitteilung des Preisüberwachers sind die Unterschiede nicht zu rechtfertigen. Sie scheinen oft «nicht mehr mit den Kosten in Relation zu stehen», sondern der Nachfragesteuerung zu dienen.

Thomas Beringer, Kreuzlinger Stadtrat und Präsident der Hafenkommision, erklärt: «Ersdens entsprechen die Gebühren dem administrativen Aufwand. Zweitens geht jemand automatisch weg von der Liste, wenn er

die Gebühren nicht zahlen will. Ich weiss nicht, was daran falsch ist.» Von Nachfragesteuerung sei nie die Rede gewesen.

«50 Franken, um jemanden auf eine Liste zu setzen?», kommentiert Beat Niederhauser, Geschäftsführer und Stellvertreter des Preisüberwachers, «das scheint mir auf den ersten Blick erstaunlich viel zu sein». Falls der administrative Aufwand so hoch sei, müsste man vielleicht überlegen, ob es einfacher ginge.

Die Erhebung des Preisüberwachers ist unvollständig, denn

angefragt wurden nur Häfen der öffentlichen Hand in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern. Allein im Thurgau gibt es 23 Häfen; angefragt wurden nur Arbon, Romanshorn und Kreuzlingen. «Eine Vollerhebung wäre zu aufwendig und unverhältnismässig gewesen», erklärt Niederhauser.

Was die Liegeplatzmieten betrifft, so bewegen sich die Tarife am Thurgauer Bodenseeufer im mittleren und untern Bereich. Erhoben wurden die günstigsten Steg- und Trockenplätze mit der Mindestgrösse von 2 auf 5 Meter.

Romanshorn figuriert sogar am untern Ende der Liste mit 143.75 Franken für einen Nassplatz. Schweizweit am teuersten ist Montreux mit 1580 Franken.

Die höchste Miete am Schweizer Bodenseeufer verlangt Thal: 1250 Franken im Staader Hafen. Gemeindepräsident Robert Raths kann dazu keinen Kommentar abgeben; der Tarif sei Thema einer Sitzung am Dienstag.

Thomas Wunderlin
thomas.wunderlin@thurgauerzeitung.ch